

UNION

Stoiber schert aus

Nach Edmund Stoibers Alleingang bei der Bundesratsabstimmung über das Gesetz zur Rentenbesteuerung droht der Union ein heftiger Führungsstreit. Der bayerische Ministerpräsident hatte am frühen Freitagmorgen öffentlich verkündet, das Gesetz werde „scheitern“. Dabei hatten die Unionsländerchefs in Absprache mit der CDU-Vorsitzenden Angela Merkel vereinbart, das vom Bundesverfassungsgericht angemahnte Gesetz im Bundesrat durchzuwinken. „Ich nehme zur Kenntnis, dass man in dieser Runde kein Abstimmungsverhalten über mehrere Wochen festlegen kann“, bemerkte die Vorsitzende säuerlich bei einem Frühstück mit den Ministerpräsidenten von CDU und CSU. Wenig später passierte das Regelwerk den Bundesrat dann doch noch, weil auch Hamburg, das Saarland und Rheinland-Pfalz zustimmten. „Es stellt sich die Frage, inwieweit wir



AXEL SCHMIDT / ACTION PRESS

Merkel, Stoiber

in diesem Gremium noch strategische Absprachen treffen können“, monierte der brandenburgische CDU-Chef Jörg Schönbohm. „Wenn in Bayern Landtagswahlen wären, dann gäbe es einen solchen Zirkus nicht“, schimpfte Sachsens Ministerpräsident Georg Milbradt. In dieser Woche wollen mehrere CDU-Granden das chaotische Bild der Union in den Parteigremien diskutieren. „Darüber werden wir noch zu sprechen haben“, kündigte Präsidiumsmitglied Hildegard Müller an.

ARBEITSVERWALTUNG

Privatvermittler floppen

Der Bundesrechnungshof hat die so genannten Vermittlungsgutscheine, mit denen Arbeitslose seit rund zwei Jahren private Jobmakler bei der Stellensuche einschalten können, als „wenig erfolgreich“ und „in hohem Maße missbrauchsgefährlich“ kritisiert. Von den zwischen März 2002 und Juni 2003 ausgegebenen 400 000 Scheinen seien nur 33 000 eingelöst worden, heißt es in einem internen Bericht an den Haushaltsausschuss des Bundestags. So hätten die Vermittler, die für eine erfolgreiche Stellensuche bis zu 2500 Euro erhalten, nur selten „Problemgruppen des Arbeitsmarktes erreicht“. Oft seien die Eingestellten nach einem Monat wieder arbeitslos geworden. Zudem sei fast jede dritte Vermittlung fingiert. Mal wurden Arbeitsuchende Stellen zugewiesen, die nicht existierten, mal schickten die Makler ihre Schützlinge zu Ehegatten und Verwandten. Ein nebenberuflicher Jobfahnder vermittelte sich selbst an einen Arbeitgeber und kassierte Prämie. Die zu Unrecht ausgezahlten Scheine kosteten die Nürnberger Behörde knapp zehn Millionen Euro. Rund 2,7 Millionen gingen verloren, weil viele Gutscheine nicht eingelöst wurden.



Arbeitsuchende (in Köln)

STEFAN ENDERS

VERFASSUNGSSCHUTZ

V-Mann im Vorstand

Wegen dubioser Quellen gerät der Thüringerische Verfassungsschutz erneut in erhebliche Kalamitäten. Nachdem bereits in den Jahren 2000 und 2001 hochrangige Rechtsextremisten als V-Leute des Dienstes enttarnt wurden und der Chef der Schlapphütte seinen Stuhl räumen musste, outete sich jetzt ein ehemaliges Vorstandsmitglied der rechts-nationalen Deutschen Partei. Manfred Reich, einst Schatzmeister des thüringischen Ablegers der Extremisten, klagte nach seiner Abschaltung öffentlich über schlechte Betreuung durch das Amt. Die neue V-Mann-Affäre bringt das Innenministerium in Bedrängnis: In der vertraulichen Dienstvorschrift „Beschaffung“ war den Verfassungsschützern nach den Erfahrungen der Vergangenheit aufgetragen worden, dass V-Leute künftig „weder die Zielrichtung noch die Aktivitäten eines Beobachtungsobjektes entscheidend bestimmen“ dürfen. Reich, der im Jahresbericht des Dienstes als eifriger Verteiler von rechtem Info-Material auftaucht und dessen Partei als „Sammelbecken verschiedener Rechtsextremisten“ qualifiziert wird, gehörte jedoch ab Mitte 2003 dem neunköpfigen Vorstand an. Zuvor war er von 1994 an bei den Republikanern und der DVU als Zuträger des Verfassungsschutzes aktiv.

Während der Präsident des Landesamts für Verfassungsschutz, Thomas Sippel, versichert, Reich habe bloß eine Funktion, aber keine Führungsrolle in den Parteien gehabt, fordert die PDS nun, sämtliche Neo-nazi-Quellen offen zu legen.